

ANTRAG Stadträtin Doris Baitinger (SPD) Stadträtin Angela Geiger (SPD) Stadträtin Gisela Fischer (SPD) Stadträtin Ute Müllerschön (SPD) Stadträtin Yvette Melchien (SPD) SPD-Gemeinderatsfraktion vom 09.05.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	25. Plenarsitzung Gemeinderat 28.06.2011 761 17 öffentlich
Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention		

1. Die Verwaltung lässt prüfen, wie sich die Rechte und Pflichten von Menschen mit Behinderung auf kommunaler Ebene nach der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention gestalten.
2. Die Verwaltung informiert den Gemeinderat darüber, welche Bundes- und Landesgesetze sowie kommunalen Verordnungen bisher der Behindertenrechtskonvention angeglichen wurden.
3. Sie informiert darüber, welche Gesetze und Verordnungen derzeit bereits vor Ort umgesetzt werden. Beispielsweise ist darüber aufzuklären, inwieweit die Mobilität schwerstbehinderter Menschen durch die Umsetzung der Konvention vor Ort erleichtert werden konnte. Welche Hilfsmittel, finanziellen Erleichterungen und bauliche Maßnahmen wurden seit der Ratifizierung im Jahre 2009 bereits vor Ort realisiert.
4. Der im Frühjahr 2011 erstmalig vorgelegte Staatenbericht ist dem Gemeinderat in geeigneter Form zur Kenntnis zu geben.
5. Die Stadt Karlsruhe und der Behindertenbeirat informieren unter Einbeziehung der Behindertenverbände möglichst noch in diesem Jahr in einem öffentlichen Forum über die Angleichung der relevanten Bundes- und Landesgesetze sowie der betroffenen kommunalen Verordnungen.

Sachverhalt/Begründung:

Seit Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung hegen die betroffenen Menschen große Hoffnungen, endlich am gesellschaftlichen Leben weitgehend uneingeschränkt teilhaben zu können.

Viele offene Fragen stehen im Raum, die unbedingt bald und umfassend beantwortet werden müssen. Wie wirkt sich diese UN-Konvention auf die Gesetze zur Eingliederung behinderter Menschen aus, welche individuellen Vereinbarungen können nun getroffen werden, welche Maßnahmen werden durch die öffentliche Hand ungefragt und konsequent bereits jetzt umgesetzt? Haben behinderte Menschen nun ein Klagerecht auf Einhaltung der Konvention, was bedeutet dies für die Ausgestaltung der individuellen Lebensplanung im Bereich von Wohnen und Arbeiten? Viele Betroffene sind nun, zwei Jahre nach der Ratifizierung, ungeduldig und möchten endlich wissen, wie sie ihr Leben gestalten können und welche Rechte und Pflichten sich für sie aus der UN-Konvention ableiten.

unterzeichnet von:

Doris Baitinger

Angela Geiger

Gisela Fischer

Ute Müllerschön

Yvette Melchien

Hauptamt - Ratsangelegenheiten

10. Juni 2011